



## **Offener Brief des Österreichischen Frauenringes an die Österreichische Bundesregierung anlässlich des Austrittes der Türkei aus der Istanbulkonvention und der besorgniserregenden Entwicklung von Frauenrechten in Europa!**

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler Kurz!  
Sehr geehrter Herr Vizekanzler Kogler!  
Sehr geehrte Frau Frauenministerin Raab!  
Sehr geehrter Herr Außenminister Schallenberg!

Der Österreichische Frauenring wendet sich mit diesem Offenen Brief an Sie, um unserer Besorgnis über die negative Entwicklung von Frauenrechten in Europa – besonders nach dem Austritt der Türkei aus der Istanbulkonvention – Ausdruck zu verleihen. Aus unserer Sicht ist es jetzt höchst an der Zeit, dagegen auf politischem Wege vorzugehen.

Mit dem Beitritt zur Istanbulkonvention des Europarates haben sich die Staaten dazu verpflichtet, häusliche Gewalt gegen Frauen per Strafe zu verbieten. Die Konvention enthält weitreichende Verpflichtungen zur Prävention, zum Schutz von Opfern und zur wirksamen Strafverfolgung. Die Vorgaben betreffen unter anderem Maßnahmen zur Bewusstseinsbildung, die Schaffung adäquater Hilfseinrichtungen, die strafgerichtliche Verfolgung von Gewalthandlungen und die Unterstützung von Opfern im Strafprozess. Für Staaten, die die Konvention ratifiziert haben, ist sie rechtlich verbindlich und umzusetzen. Dazu gehört auch Österreich, wo die Istanbulkonvention bereits seit 2014 in Kraft getreten ist.

Mit dem nun vollzogenen Austritt der Türkei und noch zu erwartenden durch weitere Staaten, wie zB Polen, werden Grundrechte der Europäischen Union mit Füßen getreten. Dieser Austritt hat zur Folge, dass in Ländern der Europäischen Union Gewalt gegen Frauen kein Strafdelikt mehr ist sondern „salonfähig“ gemacht wird. Auch die zunehmende Missachtung von Frauenrechten, wie zB das Abtreibungsverbot in Polen ist ein massiver Eingriff in die Selbstbestimmungsrechte von Frauen, die Tendenzen, dass sie auch auf andere Länder übergreifen, brandgefährlich!

**Die Europäische Union wurde als Friedensprojekt gegründet, wo alle Menschen frei und gleich sind. Staaten, die nun die Frauen- und Menschenrechte mit Füßen treten, müssen dafür zur Rechenschaft gezogen werden, mit Einschränkungen bei den Förderungen der Europäischen Union oder Sanktionen gegen den Verstoß von Menschenrechten und damit den Grundrechten der Europäischen Union.**

**Daher richtet sich unser Appell an Sie, werte Bundesregierung! Treten Sie entschieden gegen diese patriarchalischen und rechtsgerichteten Tendenzen im Rahmen Ihrer Tätigkeit in der Europäischen Union auf! Frauenrechte sind nicht verhandelbar! Menschenrechte sind nicht verhandelbar!**

**Für den Österreichischen Frauenring**  
Kludia Friebe, Vorsitzende  
Mag.<sup>a</sup> Maria Rösslhumer, stv. Vorsitzende  
Mag.<sup>a</sup> Christa Kirchmair, stv. Vorsitzende

Österreichischer Frauenring, 1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1,  
[www.frauenring.at](http://www.frauenring.at), Mail: [office@frauenring.at](mailto:office@frauenring.at), ZVR-Nr.: 383262008